

Vermerk zur Veranstaltung

„Bürgerbeteiligung – zwischen Akzeptanzmanagement und Basisdemokratie am Freitag, den 4.3.16, von 18:00 bis 21:00 Uhr

Versammlungsort: Kultur- und Bildungszentrum Sebastian Haffner,
Prenzlauer Allee 227-228, 10405 Berlin

Herr **Dr. Nelken** (Die Linke) als Moderator eröffnete die Veranstaltung und hieß alle zu einem Informationsaustausch (siehe Einladung im Anhang) willkommen.

Neben den geladenen Gästen waren noch eine Bürgerinitiative aus dem Mühlthal, aus dem Thälmannpark, Sektion Lilli-Henoch-Str., aus Wilmersdorf und 3 Aktive von der BI Leben an der Michelangelostr. vertreten.

Dr. Nelken bat darum, keine parteipolitische Debatte zu führen und sich sachlich zum Thema der Veranstaltung zu äußern.

Frau **Rouhani** (mit Erfahrungen in der BI zum Erhalt der Grünflächen am Stuttgarter Platz in den 2000 er Jahren, mit Erfolg und als Ausgeschlossene aus der Grünen Partei) führte zusammenfassend aus: Das Beachten der Bürger müsse zu Überlegungen in der Kommune führen und zu Handlungen in der Verwaltung. Es könne nicht sein, wie häufig praktiziert, dass die Parteien aus eigenen Überlegungen Druck auf die Kommunalen Verwaltungen ausüben und damit nicht im Interesse der Bürger handeln.

Herr **Tschörner** (als langjähriger Planer und jetzt im Ruhestand) äußerte sich zum Verfall der Planungskultur. Aus seinen langjährigen Erfahrungen war es immer positiv für das Ergebnis, wenn Kommune und Verwaltung im Konsens waren. Der Planungsprozeß als Form der Interessenabwägung setzt fachliche Kenntnisse und eine sachliche Umgangsform voraus. Als Vertreter der BI Elisabethaue hatte er natürlich die Nichtbebauung im Blickfeld und schien einem Vergleich der Interessen nicht gewogen.

Herr **Höpfner** als Vertreter der BI Thälmannpark führte seine Erfahrungen mit dem BA Pankow umfänglich aus:

- Workshops nur als Alibi-Veranstaltung für Bürgerbeteiligung,
- Gesamtstrategie der Verwaltung zu Lasten der Bürger,
- Bürgerinitiativen werden nicht ernst genommen,
- die Demokratie ist im praktischen Leben nicht mehr gegeben.

Frau **Büttner** als Vertreterin der BI Mühletal (das Mühletal wurde durch großen Aufwand der Anwohner zu einer Oase im Grünen) brachte ihren Protest zur Vereinnahmung des Mühletals zusammen mit den Gärten der Welt in die Bundesgrtenschau 2017 und berichtete über Diffamierung und Ausgrenzung von Seiten der Behörde.

1

Frau **Dr. Kahlefeld** wollte am Beispiel des Tempelhofer Feldes auf die Wirkung von Bürgerinitiativen verweisen, mußte aber auch der momentanen Entwicklung zu stimmen, die ja zum Aushebeln der getroffenen Entscheidungen angetreten ist. Als Vertreterin mit Sitz im Abgeordnetenhaus musste sie eingestehen, dass es durchaus auch Konkurrenzkämpfe in und zwischen den Parteien gäbe. Sachargumente würden dann auch politischem Kalkül zum Opfer fallen. („Wir sehen das anders“ ohne auf

eine Argumentation sachlich einzugehen, wird dann als „Argument“ verwendet). Es hätte eben jeder eigene Interessen.

Dr. Nelken fragte dann nach, was denn Interessen seien? So werden Begriffe mit viel Medienaufwand kommuniziert, weitergetragen und keiner kann eine sachliche Grundlage nachweisen, Beispiel „Berlin muß bauen“.

Herr **Schröder** sprach auch vom Verfall der Planungskultur und führte das an erlebten Beispielen aus. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Bedeutung eines Aufstellungsbeschlusses in der BVV und die Auswirkungen, wenn eine Planung oberflächlich und bar sachlicher Grundlagen erfolge und mehr durch eine Willensbekundung von Politikern ersetzt werde. In den Initiativen und überhaupt würden junge Leute häufig die Verfahren nicht kennen. Er sprach von einem regelrechten „Ablasshandel“ mit dem ISEK, um Baumassnahmen durchzusetzen. Häufig sei Politikern eine gewisse Haltung nicht mehr an zu merken.

Dr. Efler führte als häufige Grundlage für politische Entscheidungen den Druck der Investoren an, die aus getroffenen Absprachen und deren Nichteinhalten einen immensen finanziellen Druck auf die Behörde ausüben. Die Bürgerbeteiligung und deren Einbindung sei nur ein Geplänkel im Vorfeld von Entscheidungen, um eine Beratung mit den Bürgern „nachzuweisen“. Viele Aussagen seien ohne rechtliche Verbindlichkeit. Wird das Durchsetzen einer Maßnahme im Bezirk zum Problem, kann die Maßnahme auf Senatsebene gezogen werden und stellt sofort eine wesentlich höhere Hürde für das Durchsetzen von Bürgerbegehren dar. Zur Zeit sei ein verstärkter Abbau von Gesetzen, die eine Bürgerbeteiligung ermöglichen, zu verzeichnen. Als Beispiel wurde u.a. auch die Verhaltens- und Handlungsweise des Herrn Müller (OB Berlin) und des Herrn Geisel angeführt.

Frau **Rouhani** gab zum Schluß der Veranstaltung noch einige Hinweise, wie sich Bürgerinitiativen stärker einbringen können und verwies auf die Novelle 2005 u.a. auf die § 40 ff. des Bezirksverwaltungsgesetzes und den § 246 Baugesetzbuch. Als Grundlage des Handelns seien Sachkenntnis und Gesetzeskunde sowie umfassende Recherchen in den Verwaltungsvorgängen unumgänglich.

Herr **Schröder** verwies noch auf 50.000 €, die jeder Bezirk für soziale Infrastrukturkonzepte erhalten habe.

Dr. Nelken beendete die Versammlung mit positiven Ausblick auf die Notwendigkeit von sachlicher Argumentation und gesetzlicher Kenntnisse.

Feststellung:

Mit einer Ausnahme (Mehr Demokratie e.V.) arbeiten alle Bürgerinitiativen nicht in einer Vereinsstruktur. Aber genau dieser Verein hat wesentliche Ziele erreichen können: Mitinitiator des Volksbegehrens „Neue Energie für Berlin“.

Die Hinweise zu einer erfolgreichen Bürgerinitiative, auch unter den momentanen Gegebenheiten, waren genau die Handlungsempfehlungen, die unser Verein sich als Arbeitsgrundlage gegeben hat:

Wir müssen als akzeptierte Bürgervertretung in die Planungsprozesse integriert und von den Planungsverantwortlichen ernst genommen werden.

Dazu setzen wir auf Fachwissen, Gesetzeskenntnisse und Kontakte zu den Betroffenen, egal auf welcher Seite der Betrachtung sie stehen. Darum ist es auch unbedingt notwendig, Standpunkte der Verantwortlichen für das Vorhaben „Bauen an der Michelangelostraße“ öffentlich zu machen.

Horst Krüger
Vorstandsvors.
Verein für Lebensqualität an der Michelangelostraße i.G.